

II- 2206 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 15. Feb. 1973

No. 1117/J

A n f r a g e

der Abg. Staudinger, Dr. Frauscher, Dr. Fiedler
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Durchführung und Überwachung des Preisbestimmungsgesetzes

Zur Vorbereitung der Überwachung der Bestimmungen des Preisbestimmungsgesetzes wurden im Auftrag des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie im Herbst des vergangenen Jahres Preiserhebungen durchgeführt, die als Grundlage für vergleichende Erhebungen im Jänner dieses Jahres - also nach Wirksamwerden der Mehrwertsteuer - dienten. Diese mit erheblichem Aufwand durchgeführten Erhebungen führten zu einer Liste von sogenannten Von-bis-Preisen, auf Grund derer die Preisüberwachungsorgane bei Kaufleuten und Gewerbetreibenden Überprüfungen vornahm^{en} und - bei fehlender Übereinstimmung der Preise mit den Preisen der Von-bis-Preisliste - Preiskorrekturen in unterschiedlicher Weise verlangten.

Tatsächlich wurden seitens der Überwachungsorgane auf Grund der erwähnten Liste Preiskorrekturen auch dann verlangt, wenn der Kaufmann seine Preise auf Grund ordnungsgemäß durchgeführter Spannenentlastung kalkuliert und damit den Bestimmungen des Preisbestimmungsgesetzes voll Rechnung getragen hatte. Teils in Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, teils aus Angst vor einer Strafe oder mehr noch vor ungerechtfertigter Anprangerung und Diffamierung in der Öffentlichkeit haben erwiesenermaßen viele Kaufleute ihre Preise auch dann der vom Handelsministerium vorgegebenen Preisliste angepaßt, wenn dies mit effektivem Verlust verbunden war. Bis zum heutigen Zeitpunkt herrscht nämlich weitgehend Unklarheit darüber, ob der Kaufmann (Einzelhändler) auch für die Spannenentlastung der Vor-Handelsstufe oder nur für die Preisentlastung im eigenen Bereich verantwortlich ist.

- 2 -

Den unterzeichneten Abgeordneten war es nicht möglich, zu erfragen, ob die Von-bis-Preisliste des Handelsministeriums auf Grund einwandfreier Preiserhebungen im Herbst erstellt worden war und ob auf geänderte Einstandspreise etwa von Importwaren Bedacht genommen worden war. Dem Vernehmen nach waren die Erhebungsorgane aber nicht einmal auf die Möglichkeit hingewiesen worden, daß auch bei ordnungsgemäßer Spannenentlastung durch Preisänderungen in der Vorstufe beim Einzelhandel sich höhere Preise ergeben können. Unklar blieb auch, ob bei den Preiserhebungen des Herbstes Sonderangebots-Preise zur Preisermittlung herangezogen worden waren, was selbstverständlich - soweit dies geschehen ist - zu untauglichen Ergebnissen führen mußte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

A n f r a g e:

- 1.) Ist Ihnen bekannt, daß viele Handels- und Gewerbetreibende - durch eine heftige Diffamierungskampagne unter Druck gesetzt - durch die Vorgangsweise der mit untauglichem Material ausgestatteten Prüfungsorgane / echte Verluste durch solcherart erwirkte Preisreduzierungen hinnehmen mußten ?
- 2.) Was gedenken Sie zu tun, um einer Wiederholung solcher Vorgänge rechtzeitig vorzubeugen?
Werden Sie insbesondere dafür sorgen, daß nicht ungerechtfertigter direkter oder indirekter Druck auf Kaufleute ausgeübt wird, die ihre Preise auf Grund einer korrekten, an den Bestimmungen des Preisbestimmungsgesetzes orientierten Kalkulation erstellen?
- 3.) Halten Sie bei der Ertragslage insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe eine Vorgangsweise vertretbar, die diese Betriebe - wie geschehen - lieber echte Verluste hinnehmen läßt, als eine ungerechtfertigte Strafverfolgung oder Diffamierung hinzunehmen?